

## Gruppe 41 - Informationszentrum Asyl und Migration

# Briefing Notes

13. Januar 2014

### **Afghanistan**

#### **Sicherheitslage**

Bei einem Anschlag auf einen Polizeibus in Kabul starben am 12.01.14 der Selbstmordattentäter und zwei Polizisten. Mindestens 20 Personen wurden verletzt.

Bei Kämpfen zwischen verfeindeten Milizen in der nordafghanischen Provinz Kunduz traf eine Mörsergranate ein Wohnhaus. Ein Mann und eine Frau starben, drei Personen wurden verwundet.

Am 10.01.14 erschossen US-Soldaten in der südafghanischen Provinz Helmand einen kleinen Jungen. Sie sollen das Kind in einem Sandsturm für einen Feind gehalten haben.

#### **Streit über Freilassung von Gefangenen**

Die afghanische Regierung hat nach der Übernahme des Gefängnisses auf dem Luftwaffenstützpunkt Bagram (bei Kabul) 560 von 648 Gefangenen freigelassen. Nun ist die Freilassung von weiteren 72 Gefangenen geplant, die nach Auffassung der afghanischen Seite unschuldig sind. Die USA protestieren. Nach ihren Erkenntnissen sind die Gefangenen unter anderem für die Tötung ausländischer Soldaten verantwortlich. 25 der Häftlinge hätten Anschläge auf die internationalen Truppen verübt. Rund 35 der Gefangenen seien zudem in Anschläge auf Zivilisten und afghanische Sicherheitskräfte verwickelt gewesen. Die Freilassungen belasten das Verhältnis der USA zu Afghanistan weiter. Bereits seit längerem schwelt der Streit um ein Truppenstatut für die Zeit nach dem Abzug der meisten ausländischen Truppen.

### **Irak**

#### **Sicherheitslage**

Die Anschlagsserien in Irak setzen sich fort. Auch in der vergangenen Woche kam es täglich zu Anschlägen. Nach der Zählung von Iraq Body Count liegt die Zahl der Todesopfer unter der Zivilbevölkerung im laufenden Jahr (Stand: 12.01.14) bei 420.

So wurde am 09.01.14 von 51 und am 12.01.14 von 45 getöteten Menschen berichtet.

#### **Lage in der Provinz Anbar**

Laut Pressemeldung vom 09.01.14 sollen irakische Regierungstruppen mit Panzern zwischen Falluja und Ramadi gegen Stellungen der Kämpfer der Terrorgruppe Islamischer Staat im Irak und in Syrien (ISIS, auch: Islamischer Staat im Irak und in der Levante), vorgegangen sein. Nach Human Rights Watch (HRW) beginnen alle an den Kämpfen beteiligten Parteien Verstöße gegen die Menschenrechte. Der irakische Regierungschef Nouri al-Maliki hat eine harte Gangart im Kampf gegen sunnitische Terrorgruppen angekündigt.

## Syrien

### **Opposition knüpft Teilnahme an Syrien-Konferenz an Bedingungen**

Gegenüber Vertretern der „Freunde Syriens“<sup>1</sup> forderte das exilpolitische Bündnis „Nationale Koalition“ in Gesprächen am 12.01.14 in Paris Zugeständnisse der „Freunde Syriens“ für eine Teilnahme der Oppositionsgruppe an der ab 22.01.14 geplanten Syrien-Konferenz in Genf. Insbesondere die Bildung einer Übergangsregierung, die Freilassung von Gefangenen und die Einrichtung humanitärer Korridore wurden genannt. Eine endgültige Entscheidung über die Teilnahme wird bei einem internen Treffen der Opposition am 17.01.14 erwartet.

### **Weitere Kämpfe**

Die syrische Armee konnte am 12.01.14 Nakin, einen Ort nördlich von Aleppo, einnehmen. Aktivisten vor Ort nannten als Grund dafür, dass Oppositionsmilizen und Verbände der Terrorgruppe Islamischer Staat im Irak und Syrien oder der Levante (ISIS oder ISIL) sich bekämpften. Seit Jahresbeginn kommt es vor allem im Nordosten Syriens immer wieder zu Kämpfen zwischen ihnen, bei denen nach Informationen der Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte in den letzten zehn Tagen mehr als 700 Personen ums Leben gekommen sein sollen.

### **Hungertote im Palästinenserslager**

In einem von Regierungstruppen belagerten palästinensischen Lager in der Nähe von Damaskus (al-Jarmuk oder Yarmouk) sollen am 10.01.14 ein älterer Mann sowie drei Kinder verhungert sein. Seit Beginn der Unruhen soll es dort insgesamt 39 Hungertote gegeben haben. Mit der Begründung, Rebellen seien in dem Viertel anwesend, verwehrte das syrische Regime bisher dem Roten Kreuz und anderen Hilfsorganisationen den Zugang zum Lager.

## Iran

### **Präsident Rohani will Kulturreform in Iran**

Präsident Rohani strebt eine Kulturreform in Iran an. Nach Berichten iranischer Medien erklärte er bei einem Treffen mit Künstlern am 09.01.14, weder er noch sein Kulturminister ließen sich von Warnungen aus dem konservativen Lager beeindrucken. Alle seine Wahlversprechen würden umgesetzt, auch im Kulturbereich. Als ersten Schritt versprach Rohani die Wiederbelebung des Symphonieorchesters, das von seinem Vorgänger Ahmadinejad aufgelöst worden war. In diesem Zusammenhang war Kulturminister Ali Jannati vergangene Woche in das von den Konservativen dominierte Parlament zitiert und mit einem Misstrauensvotum bedroht worden, weil er sich unter anderem für eine Aufhebung der Internetzensur eingesetzt und einige kulturelle Einschränkungen als lächerlich bezeichnet hatte.

### **Revolutionsführer Ayatollah Chamenei verbietet Chats zwischen Männern und Frauen**

Chats zwischen Männern und Frauen sind nach Anordnung Ayatollah Chameneis ab sofort verboten, wenn sie nicht verheiratet sind. „Wegen der Unsittlichkeit, die oft an diese Kommunikationsform geknüpft ist, wird sie nicht mehr gestattet“, zitierte die FAZ die Weisung Chameneis auf seiner Webseite. In der englischen und deutschen Version findet sich jedoch keine Bekanntmachung der neuen Regelung. Das Verbot betreffe vor allem Chatprogramme auf Smartphones. Vor Kurzem sei die App „WeChat“, das chinesische Pendant zu „WhatsApp“, von den Behörden gesperrt worden.

### **Präsident Rohani plädiert für ein Mehrparteiensystem**

Hassan Rohani hat für die Einführung eines demokratischen Mehrparteiensystems in Iran plädiert. Es sei unmöglich, die politischen Belange eines Landes mit einer Bevölkerung von über 70 Millionen Menschen ohne politische Parteien zu steuern, sagte Rohani nach Angaben der amtlichen Nachrichtenagentur „Irna“ am 07.01.14 in Teheran. In Iran gibt es mehrere Fraktionen, politische Flügel bzw. Listenverbindungen, aber kein klassisches Parteiensystem. Die Aktivitäten der wenigen reformorientierten Parteien sind in der Zwischenzeit alle verboten worden.

---

<sup>1</sup> Ein Zusammenschluss von mehr als 100 Staaten und Organisationen, der die oppositionelle Nationale Koalition als legitime Vertretung des syrischen Volkes unterstützt, darunter die Außenminister u.a. von Amerika, Frankreich, der Türkei, Saudi-Arabien, Großbritannien und Deutschland.

Mehrere Versuche, ein klassisches Parteiensystem einzuführen, scheiterten bislang am Widerstand der Konservativen. Diese sehen in Parteien ein unislamisches, westliches Modell und lehnen sie deshalb ab.

## **Pakistan**

### **Sicherheitslage**

Am 09.01.14 wurden in Karachi bei einem Selbstmordanschlag der pakistanischen Taliban drei Polizisten getötet, darunter ein Polizeioffizier, der für sein Vorgehen gegen Extremisten bekannt war.

Im Distrikt Hangu der nordwestpakistanischen Provinz Khyber Pakhtunkhwa verhinderte ein Schüler am 10.01.14 einen Selbstmordanschlag auf eine Schule. Der Schüler kam dabei zusammen mit dem Attentäter ums Leben. Zu dem Anschlag bekannte sich die Terrororganisation Lashkar-e-Jhangvi.

## **Israel/Palästinensische Autonomiegebiete**

### **Israelische Truppenverstärkung im Westjordanland**

Israel hat seine Truppen im Westjordanland am 08.01.14 wegen gewalttätiger jüdischer Siedler verstärkt. Die Siedler waren nach palästinensischen Angaben am 07.01.14 in das Dorf Kfar Kusra in der Region Nablus eingedrungen, um palästinensisches Eigentum zu zerstören. Verteidigungsminister Moshe Yaalon verurteilte die Angriffe auf Palästinenser als „Terror“. Zwischen den Einwohnern von Kfar Kusra und etwa 20 rechtsgerichteten Israelis entstand eine Auseinandersetzung. Erst couragierte, ältere Palästinenser konnten die Israelis vor der wütenden Menschenmenge schützen.

### **Israel plant Bau von 1.900 weiteren Siedlerwohnungen**

Die israelische Regierung plant nach Meldungen der außerparlamentarischen Friedensbewegung „Schalom Achschaw“ („Frieden jetzt“) den Bau von knapp 1.900 weiteren Wohnungen in Siedlungen im Westjordanland. Das Bauministerium habe am 10.01.14 angekündigt, 1.076 Wohnungen in Ost-Jerusalem und 801 Wohnungen im Westjordanland zu errichten, teilte die israelische Organisation mit. Viele der Wohnungen sollten in existierenden Siedlungen gebaut werden.

## **Jemen**

### **Schwere Kämpfe zwischen al-Houthi-Rebellen und Sunniten**

Schiitische Rebellen und der mächtige Hashid-Stamm haben sich heftige Gefechte geliefert. Die Kämpfe in der nördlichen Provinz Amran hätten am 06.01.14 begonnen, als die Houthi-Rebellen die Städte Wadi Khaywan und Uzaimat angegriffen hätten, hieß es am 08.01.14 aus Stammeskreisen. So wollten die Rebellen dafür Vergeltung üben, dass die Hashid in der Provinz Saada radikale Sunniten in ihrem Kampf gegen die Schiiten unterstützen. Staatschef Abd Rabbo Mansour Hadi entsandte eine Delegation in die Region, um zwischen den kämpfenden Gruppen zu vermitteln. Die Houthi-Rebellen kämpfen seit fast einem Jahrzehnt in der entlegenen Provinz Saada gegen die Regierung in Sanaa. Seit der Eskalation der Kämpfe mit den radikalen Salafisten verschärfte sich der Konflikt.

## **Türkei**

### **Korruptionsaffäre**

Im Rahmen der Ermittlungen wegen Korruption im Umfeld seiner Regierung wirft Ministerpräsident Erdogan Justiz und Polizei inzwischen vor, einen „Staat im Staat“ gebildet zu haben. Seit dem Bekanntwerden der Korruptionsvorwürfe gegen die Regierung am 17.12.13 wurden über tausend Polizeibeamte versetzt oder entlassen, darunter nahezu alle Beamte, die an den Korruptionsermittlungen beteiligt waren. Am 08.01.14 wurden die Polizeichefs in den 16 einflussreichsten Provinzen versetzt, unter ihnen der Polizeichef der Hauptstadt Ankara, Kadir Ay, und sein Kollege, Ali Bilkay, aus Izmir. Der Leiter der Istanbuler Polizeikräfte, Hüseyin Capkin, wurde bereits Mitte Dezember abberufen. Die EU reagierte besorgt auf die Strafversetzungen und ermahnte die Türkei zur Beachtung der Rechtsstaatlichkeit.

## **Ägypten**

### **Verfassungsreferendum in Ägypten**

Am 14. und 15.01.14 stimmen die Ägypter in einem Referendum über die neue Verfassung ab, die das im Dezember 2012 von den Muslimbrüdern durchgesetzte Gesetzeswerk ablösen soll. Die neue Verfassung soll den Weg zu Präsidentschafts- und Parlamentswahlen freimachen. Infolge damit einhergehender Unruhen und Anschläge wurde die Polizei bereits vor Wochen in erhöhte Alarmbereitschaft versetzt. Dieser Ausnahmezustand soll noch bis nach dem 25.01.14 gelten. Hunderte protestierende Muslimbrüder wurden bereits verhaftet, ihnen drohen hohe Geldstrafen. Am 07.01.14 wurden drei Mitglieder der Partei „Starkes Ägypten“ verhaftet, als sie Plakate anbrachten, die zu einer Ablehnung der Verfassung aufriefen. Armeechef Abd al-Fattah al-Sisi soll laut Zeitung „Al-Ahram“ am 11.01.14 erstmals offen erklärt haben, für eine vom Volk gewünschte Kandidatur bereit zu sein.

### **Mursi-Prozess vertagt**

Im Prozess gegen den ehemaligen ägyptischen Präsidenten Mohammed Mursi ist die zweite Sitzung am 08.01.14 ausgefallen. Zur Begründung hieß es, Mursi könne wegen des schlechten Wetters nicht mit einem Helikopter zum Gerichtssaal in Kairo gebracht werden. Der Prozess werde am 01.02.14 fortgesetzt, meldete die ägyptische Zeitung „Al-Dostour al-Asly“.

## **Tunesien**

### **Wechsel an der Regierungsspitze**

Der tunesische Ministerpräsident Ali Larayedh erklärte am 09.01.14 seinen Rücktritt. Gemäß dem Übergangsplan zur Lösung der politischen Krise sollte dieses Amt der bisherige (parteilose) Industrieminister Jomaa übernehmen. Dieser wurde am 10.01.14 offiziell von Staatspräsident Moncef Marzouki in das Amt des Ministerpräsidenten eingesetzt. Er soll nun an der Spitze einer technokratischen Übergangsregierung das Land bis zu den vorgezogenen Parlamentswahlen führen. Bis zum 14.01.14 soll das Übergangsparlament wie geplant die neue Verfassung verabschieden.

## **Nigeria**

### **38 Angreifer der Boko Haram getötet**

Laut Angaben des Militärs wurde am 09.01.14 gegen ein Uhr nachts in der Stadt Damboa (etwa 85 km südlich von Maiduguri, Hauptstadt des nordöstlichen Bundesstaates Borno) ein Angriff der islamistischen Organisation Boko Haram auf Zivilisten und ein Militärlager zurückgeschlagen. Hierbei sollen 38 der Angreifer sowie ein Soldat getötet worden sein.

## **DR Kongo**

In der Nacht vom 06. zum 07.01.14 griffen Kämpfer der von Gedeon Kyungu Mutanga angeführten Rebellengruppe „Mai Mai Kata Katanga“ die Hauptstadt Lubumbashi der kobalt- und kupferreichen südkongolesischen Provinz Katanga an. Von Regierungstruppen wurden die Rebellen am Morgen des 07.01.14 nach über achtstündigen heftigen Gefechten aus der Stadt gedrängt. Mindestens 26 Rebellen und Soldaten starben bei den Kämpfen. Die Rebellengruppe kämpft für die Unabhängigkeit Katangas.

## **Zentralafrikanische Republik**

### **Präsident und Regierungschef zurückgetreten**

Der Präsident der Zentralafrikanischen Republik Michel Djotodia sowie der Premierminister des Landes, Nicolas Tiangaye, sind zurückgetreten. Dies wurde am 10.01.14 in der Hauptstadt des Nachbarlandes Tschad, N'Djamena, anlässlich eines am 09.01.14 begonnenen zweitägigen Gipfeltreffens der zentralafrikanischen Staatengemeinschaft CEEAC zur Situation in der Zentralafrikanischen Republik bekannt. Der

Schritt erfolgte auf Druck der Nachbarstaaten, nachdem es der Staatsführung nicht gelungen war, den gewaltsamen Konflikt im Lande zu beenden. Wer künftig die Staatsführung übernehmen wird, ist derzeit noch unklar. Djotodia begab sich am 11.01.14 nach Benin ins Exil.

In Bangui kam es nach dem Rücktritt Djotodias zu Übergriffen auf Muslime und deren Einrichtungen. Etwa die Hälfte der rund 60.000 Einwohner aus anderen afrikanischen Ländern hat die Hauptstadt verlassen. Bereits zuvor war insgesamt etwa die Hälfte ihrer rund 500.000 Einwohner geflohen, etwa 100.000 hatten Schutz in einem informellen Lager am Flughafen gesucht. Landesweit sind nach UN-Angaben etwa 785.000 Menschen auf der Flucht; 2,2 Millionen der rund fünf Millionen Einwohner seien auf Nothilfe angewiesen.

Dem stellvertretenden UN-Generalsekretär für politische Angelegenheiten Jeffrey Feltman zufolge drohe „eine Auseinandersetzung großen Ausmaßes zwischen Christen und Muslimen“, die auf weitere Länder übergreifen und die gesamte Region weiter destabilisieren könnte.

## **Somalia**

### **Luftangriff auf Trainingslager der Al-Shabaab-Miliz**

Am Abend des 09.01.14 flog das kenianische Militär einen Luftangriff auf ein Trainingslager der Al-Shabaab-Miliz. Dabei sollen mehr als 30 Kämpfer getötet worden sein, darunter auch führende Kommandeure. Ein Sprecher der Al-Shabaab-Miliz hat Meldungen über diesen Vorfall allerdings dementiert.

## **Russische Föderation**

### **Sicherheitslage im Nordkaukasus**

Das Moskauer Innenministerium schätzt aktuell die Zahl der Untergrundkämpfer in der Nordkaukasus-Region auf 600, organisiert in rund 40 Gruppen mit Schwerpunkt in Dagestan. Weitere 400 Extremisten aus dem Nordkaukasus hätten sich laut dem russischen Inlandsgeheimdienst FSB derzeit islamistischen Gruppen in Syrien angeschlossen. Der FSB überwacht alle Flug- und Reisebewegungen, um zu verhindern, dass von diesen Extremisten in den nächsten Wochen wieder ein Teil zurückkehrt, um im Vorfeld der Olympischen Spiele in Sotschi Terroranschläge zu verüben. Ende des Jahres 2013 verkündete der Leiter des FSB, Alexander Bortnikow, dass bei 70 Anti-Terror-Aktionen im Nordkaukasus im Jahr 2013 „mehr als 260 Banditen“ getötet worden seien.

### **Sechs Tote in der Region Stawropol entdeckt**

Sechs Männerleichen sind im Laufe des 09.01.14 an verschiedenen Orten der südrussischen Region Stawropol in vier Autos aufgefunden worden. Alle sechs Männer wurden offenbar erschossen. In der Nähe eines der Autos explodierte ein Sprengsatz. Bei der Explosion kam niemand zu Schaden. An einem anderen Auto sei ebenfalls ein Sprengsatz sichergestellt worden, der rechtzeitig entschärft werden konnte. Die Sprengsätze seien nach der Technologie gebaut gewesen, die Terrorgruppen im Nordkaukasus üblicherweise anwenden.

In den Kreisen Predgorny und Kirowski der Region Stawropol ist nun vorübergehend durch die Behörden der Ausnahmezustand verhängt und eine Anti-Terror-Operation eingeleitet worden, um die Sicherheit vor Ort zu gewährleisten und die Täter ausfindig zu machen.

### **Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte verurteilt Moskau**

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) verurteilte am 09.01.14 Russland, den Angehörigen von verschollenen Tschetschenen Schmerzensgeld von insgesamt mehr als 1,9 Millionen Euro zu zahlen (Entscheidungen v. 09.01.2014 – 53036/08 u.a.). Der EGMR spricht hierbei von 36 verschleppten Männern aus dem Nordkaukasus, die seit Jahren als vermisst gelten. Die Richter sahen es als erwiesen an, dass die Männer bei Einsätzen der russischen Armee in Tschetschenien verschleppt wurden. Die Vorfälle ereigneten sich in den Jahren 2000 bis 2006, seither fehlt von den Männern jede Spur. Somit sei davon auszugehen, dass sie mittlerweile tot seien heißt es in dem Urteil. Die 90 Kläger, die zum Großteil noch in Tschetschenien leben, berichteten übereinstimmend, dass bewaffnete Soldaten in Tarnuniformen nachts in ihre Häuser eingedrungen seien und ihre Angehörigen mitgenommen hätten. Alle Soldaten hätten akzentfrei Russisch gesprochen. Jegliche Versuche, die Verschollenen zu finden, seien gescheitert. Moskau hingegen bestreitet, dass die Männer von russischen Soldaten verschleppt wurden. Die russische Justiz leitete zwar Ermittlungen ein, diese wurden aber wiederholt ausgesetzt. Manche von ihnen sind bis heute nicht abgeschlossen. Daher

rügt der Straßburger Gerichtshof vor allem, dass weder ein Täter ermittelt noch zur Verantwortung gezogen worden sei. Moskau habe somit keinerlei plausible Erklärung für das Verschwinden der Männer vorgebracht. Alle Strafverfahren wiesen dem Urteil zufolge die gleichen Mängel auf: Die Ermittlungen wurden zu spät aufgenommen, es gab keine gründliche Beweisaufnahme, mögliche Zeugen wurden nicht verhört. Russland habe damit nicht nur gegen die Grundrechte auf Schutz des Lebens und der Freiheit verstoßen, sondern auch gegen das Recht auf ein wirksames Gerichtsverfahren. Außerdem lasse Moskau die Angehörigen seit vielen Jahren in Ungewissheit über das Schicksal der Verschollenen. Dies verstoße gegen das Verbot unmenschlicher Behandlung.

## **Ukraine**

### **Massenproteste in Kiew fortgesetzt**

In der Ukraine sind aus Protest gegen die Misshandlung von Oppositionspolitiker Juri Luzenko durch die Polizei am 12.01.14 zehntausende Menschen auf die Straße gegangen. Rund 50.000 Anhänger der europäischen Opposition versammelten sich auf dem Maidan-Platz. Der 49-jährige Juri Luzenko war am Abend des 10.01.14 bei Protesten vor einem Gerichtsgebäude in Kiew von der Polizei geschlagen und mit Kopfverletzungen auf die Intensivstation gebracht worden. Er habe am nächsten Tag die Intensivstation verlassen können, doch dürften ihn vorerst nur seine engsten Verwandten besuchen. Luzenko war Innenminister unter der inhaftierten ehemaligen Ministerpräsidentin Julia Timoschenko.

Oppositionsführer Vitali Klitschko forderte in einer gemeinsamen Erklärung mit anderen Oppositionspolitikern, die Proteste gegen Präsident Viktor Janukowitsch zu verstärken. Klitschko rief zu landesweiten Streiks auf und forderte vorgezogene Präsidentschafts- und Parlamentswahlen.

## **Bangladesch**

### **Sheikh Hasina erneut als Premierministerin vereidigt**

Eine Woche nach der Wahl wurde die amtierende Premierministerin und Vorsitzende der Partei Awami League, Sheikh Hasina, am 12.01.14 für eine dritte Amtszeit vereidigt.

## **Myanmar**

### **Politische Gefangene**

Im Zuge einer am 30.12.13 bekanntgegebenen Amnestie sollten ab dem 31.12.13 alle noch in Haft befindlichen politischen Gefangenen freikommen. Fünf Häftlinge wurden bereits freigelassen. Außerdem sollten eine Reihe anhängiger Verfahren wegen politischer Vergehen eingestellt und Angeklagte freigelassen werden. Präsident Thein Sein hatte im Juli 2013 angekündigt, alle politischen Häftlinge bis Ende des Jahres freizulassen. Allerdings sind weiterhin mehrere Gesetze in Kraft, aufgrund derer bis in jüngste Zeit Personen wegen politischer Vergehen verurteilt bzw. angeklagt wurden. Am 06.01.14 demonstrierten in Rangun Tausende für die Abschaffung dieser Gesetze.